

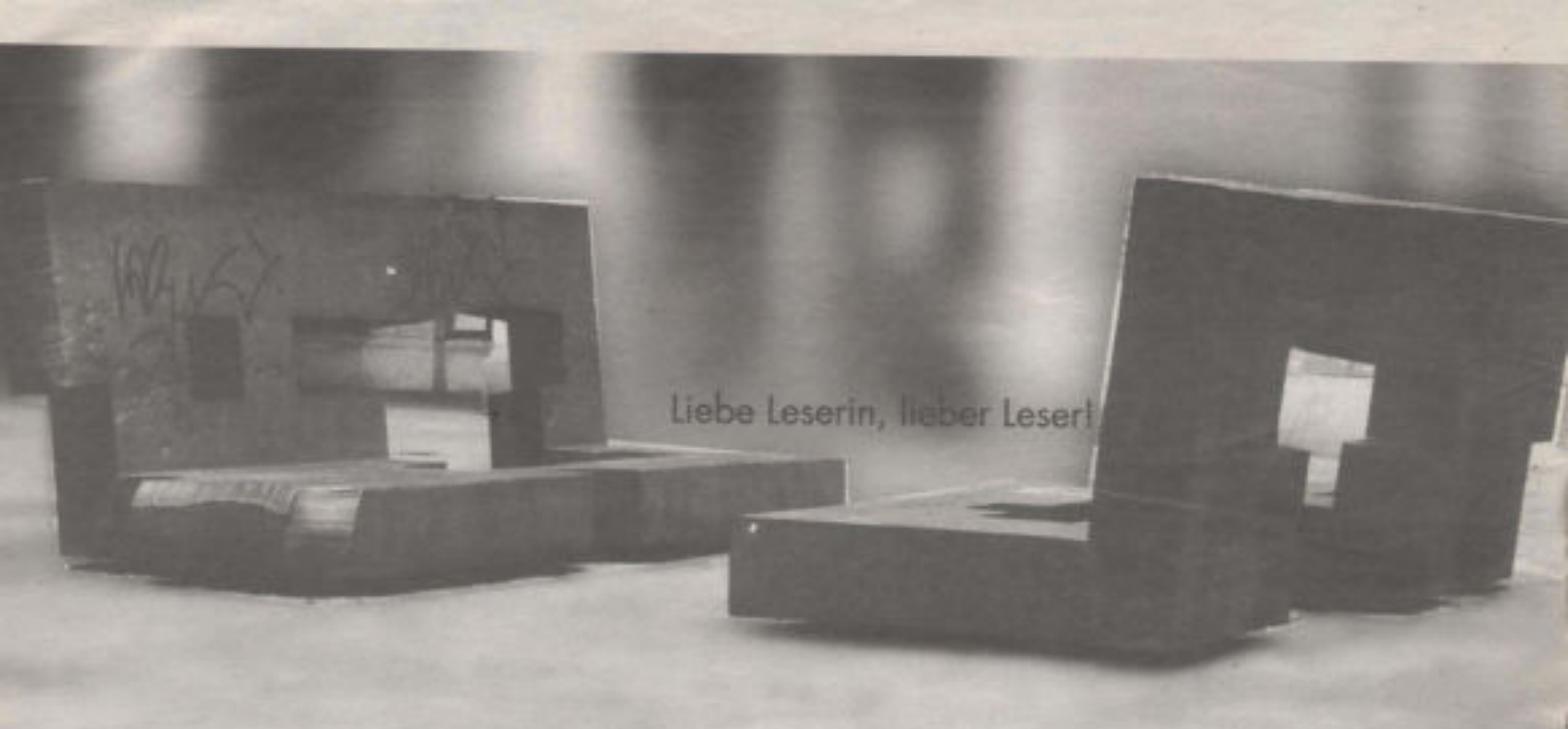
SPERRE

Münsters Monatsmagazin für Arbeit und Soziales
Sonderausgabe Oktober 2001



Wir trauern um die Opfer der Gewalt in Amerika und anderswo.

Wir hoffen auf Frieden für alle Völker.



Liebe Leserin, lieber Lesert

Was Sie hier in den Händen halten, ist keine ‚SPERRE as usual‘! Angesichts der Attentate, die New York und Washington und die ganze Welt trafen, geben wir in dieser Ausgabe dem Gespräch über das, was geschehen ist, und das, was wir in Zukunft besser machen können, breiten Raum.

Für das, was geschehen ist, gibt es keinen Namen. Man kann sagen, es war ein Massaker. Doch auch der Hunger, dem weltweit tagtäglich Zigtausende zum Opfer fallen, richtet Massaker an. Und im Kongo sterben derweil, von der Weltöffentlichkeit nur als Randnotiz wahrgenommen, Millionen Menschen im Bürgerkrieg.

Es ist klar, daß die Terroranschläge nicht ungesühnt bleiben dürfen. Jetzt aber setzt man mit Abermilliarden Dollar eine blindwütige Militärmaschinerie in Gang, die scheitern wird und nicht nur unschuldige Völker, sondern die ganze Menschheit ins Unglück stürzen kann. Das sind Denkmuster des vergangenen Jahrtausends! Was könnte man mit diesen Geldern erreichen, wenn man sie in sinnvolle Aufbauprojekte für die benachteiligten Regionen unserer Erde steckte?! Es geht um eine neue Dimension der Politik, nämlich um eine Welt-Innenpolitik, die für mehr ökonomische und soziale Gerechtigkeit sorgt und so dem internationalen Terrorismus das Wasser abgräbt.

Fanatiker gibt es, leider, überall und in allen Religionen. Auch sogenannte Christen morden im Namen eines sogenannten Gottes. Siehe Irland. Der Islam ist eine friedfertige Religion. In Vers 32, Sure 5 des Korans heißt es: „Wer einen Menschen tötet, hat die ganze Menschheit getötet. Wer einen Menschen rettet, hat die ganze Menschheit gerettet.“ Rührige Organisatoren haben im ‚Treffpunkt Waldsiedlung‘ in Angermünde eine multikulturelle Gebets- und Gesprächsrunde veranstaltet. Es kamen so viele Leute, daß die bescheidenen Räume aus allen Nähten platzten. Christen, Moslems, Buddhisten und Leute, die an keinen Gott glauben, saßen und standen beisammen, redeten über ihre Ängste und Hoffnungen. Dazwischen spielende Kinder ...

Münster versteht sich als ‚Stadt des Friedens‘. Im Rathaus-Innenhof fordert uns Eduardo Chillidas Skulptur zu Toleranz durch Dialog auf. Gespräche führen ist allemal besser als Krieg führen. Shalom heißt Salam heißt Frieden. Frieden beginnt oder endet nicht irgendwo, er beginnt oder endet bei uns selbst, zwischen uns und unseren Nachbarn. Reden wir miteinander!

Vieles kann geschehen in der Zeit zwischen dem Moment, wo wir dies schreiben, und dem, wo Sie dies lesen. Wir hoffen, daß es nicht im Zeichen der Vergeltung, sondern der Verständigung geschieht. Wir hoffen auf Frieden für alle Völker!

Ihre SPERRE-Redaktion

„Fußballspiele werden
abgesagt,
Abschiebungen nicht.“



Anna Laumeier,
Flüchtlingssozialarbeiterin in der GGUA/VS

Es könne und solle ruhig persönlich sein, sagte man mir, als ich um dieses Statement gebeten wurde. Mein Beitrag ist sehr persönlich. Er beleuchtet eine Facette, die mir durch meinen Arbeitstag am Tag danach schmerzlich und bitter bewußt wurde.

11. September 2001. Die Welt hat sich fundamental verändert. Morgen wird nichts so sein wie vorher. So empfand auch ich.

Als ich am nächsten Morgen mein Büro erreiche, warten dort bereits mehrere Roma-Flüchtlinge. Ihre Welt hat sich nicht verändert. Sie treibt noch immer die gleiche Sorge, die gleiche Angst um wie in den vergangenen Wochen: die Angst um die eigene Existenz und Sicherheit, die Furcht, mit ihren Familien zwangsweise nach Jugoslawien oder in den Kosovo zurückgeführt zu werden. Am frühen Nachmittag, als die Beratungszeit zuende war, dachte ich das erste Mal wieder an die Tragödie in den USA, spürte wieder meine Sorge um die Zukunft, meine Angst um den Frieden in der Welt.

In den Stunden zuvor war ich ebenfalls mit Tragödien konfrontiert gewesen, mit einem Entsetzen ganz anderer Art: „Warum will man uns wegschicken? Weiß Deutschland denn nicht, wie lebensgefährlich die Situation für Roma im Kosovo nach wie vor ist? Wissen die deutschen Politiker denn nicht, daß Roma in Serbien und Montenegro bestenfalls in Slums leben können, ausgegrenzt und ‚von Mülltonne zu Mülltonne‘ ziehend? Wohin soll ich mit meiner Familie, wo werden wir wohnen, wie soll ich Arbeit finden, wovon werden wir leben? Wie soll ich meinen hier geborenen Kindern erklären, wohin wir gehen, warum sie vermutlich nicht mehr zur Schule gehen können? Wer wird uns schützen vor rassistischen Übergriffen, vor erneuter Vertreibung und Diskriminierung?“

In Deutschland werden angesichts der Terroranschläge in den USA zu Recht Ratssitzungen und Unterrichtsstunden umfunktioniert, Feiern und Stadtfeste fallen aus, Katastrophenfilme werden vorerst nicht ausgestrahlt. In unserem Land werden Fußballspiele abgesagt, Abschiebungen nicht.

Die Welt der Roma-Flüchtlinge in Münster hat sich nicht verändert, und damit auch ein wesentlicher Teil meiner (Arbeits)welt nicht. Ich sorge mich – auch um das weitere Schicksal der Roma.



Dr. Berthold Tillmann,
Oberbürgermeister

*„Frieden wird
in Städten
und Gemeinden gemacht.“*

Ich weiß, es geht mir wie vielen Münsteranerinnen und Münsteranern. Wir sind entsetzt, wir sind geschockt, wir können immer noch nicht glauben, was da eigentlich geschehen ist. Wir sind aber auch unsicher, viele haben auch Angst. Wir haben mitansehen müssen, wie die Wahrzeichen und Symbole der wirtschaftlich bedeutendsten und der politisch wichtigsten Stadt zerstört wurden. Wir haben erkennen müssen, wie brüchig und verletzlich der städtische Frieden ist, der uns so selbstverständlich schien. Wir fühlen uns nicht nur betroffen, sondern auch getroffen.

Dies alles hat sich in Solidaritätsbekundungen ausgedrückt, in gutbesuchten Gottesdiensten und Veranstaltungen, in vielen hundert Eintragungen in das Kondolenzbuch bei uns im Rathaus. Das war wichtig und darüber habe ich mich gefreut.

Doch es gilt auch, den Blick nach vorne zu richten. Wir müssen unsere Anstrengungen verstärken, unseren Beitrag für ein friedliches Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Glaubens zu leisten. Dafür können wir viel tun. Sei es hier in Münster oder über unsere vielfältigen Kontakte und Städtepartnerschaften. Frieden, auch den Weltfrieden, kann niemand verordnen. Er muß von allen Menschen mitgetragen und mitgestaltet werden. Täglich, jederzeit und von jeder und von jedem. Denn was wir selber nicht leisten können, können wir auch nicht von den Politikern erwarten.

Und da sind unsere Erwartungshaltungen hoch: Besonnenes Vorgehen, keine überstürzten Reaktionen, Gewalt darf nicht mit Gegengewalt beantwortet werden - all das erwarten und wünschen wir. Das ist auch sicherlich richtig. Doch „all business is local“ - das haben uns die Attentate auf grausame Weise gezeigt. Alles, was in der Welt passiert, passiert in einer Stadt, in einer Gemeinde. Auch Frieden wird in Städten und Gemeinden gemacht, wenn er dort gelebt wird. In der Stadt, in der einst der Westfälische Frieden geschlossen und in der damit erstmalig durch Verhandlungen ein Krieg beendet wurde, sollte uns dieser Gedanke besonders nahe sein. Daß mehr Menschen - auch in Münster - sich dies vor Augen führen, das wünsche ich mir.

*„Der Terror ist
ein großes Unglück.“*



Mehmet Ergüney
Imam der Türkisch-Islamischen Union
der Anstalt für Religion e.V.

Die in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) zustande gekommenen grausamen Terrorangriffe haben uns tief in Trauer gestürzt. Wir tadeln und verurteilen diese grausamen Terrorangriffe.

Wir teilen die Trauer der amerikanischen Bevölkerung und teilen unsere besondere Anteilnahme mit und wünschen allen Hinterbliebenen Geduld und Ausdauer.

Wie wir es immer zu verdeutlichen versucht haben, ist der Terror ein großes Unglück und eine Grausamkeit. Er ist das Unglück des Jahrhunderts und ein Vergehen gegen die Menschheit. Aus diesem Grund gibt es den Zwang, daß die ganze Menschheit gegen die Terrorgrausamkeiten zusammen handelt.

Möge Gott die ganze Menschheit vor dem Unglück des Terrors und vor allen Gefahren beschützen.

Wir sollten in diesen Tagen, an denen wir viel mehr darauf angewiesen sind, für das Wohl und den Frieden der Menschheit beten. Wir hoffen, daß die demnächst anfangenden muslimischen heiligen drei Monate und die heilige Nacht der Wünsche ‚Regaib Kandili‘ zum Wohl und zum Frieden der Menschheit beiträgt und bitten Gott, daß die Menschheit von dem Unglück des Terrors befreit wird.



Spyros Marinou,
Vorsitzender des Ausländerbeirates

„Ängste und Feindbilder überwinden.“

Ist die Welt am 11. September eine andere geworden? Das ist eine Frage, die sich viele Menschen im Anschluß an diesen grauenvollen Massenmord stellen. Das gezielte und dennoch wahllose Töten möglichst vieler Menschen - aus etwa 60 Herkunftsländern - ergreift jeden von uns mit einem Entsetzen, für das man keine Worte finden kann. Aber dieses individuelle Entsetzen wird begleitet von der bangen Frage, wie unsere Zukunft wohl aussehen mag. Wir erleben, daß wir auf zahlloses schwerstes persönliches Leid als Antwort erhalten, dieses sei eine nationale Katastrophe, eine Demütigung, die Tat sei eine Kriegserklärung an ein Volk, eine Kultur und so weiter.

Dies ist ein gefährlicher Weg, wenn von den individuellen Schicksalen abstrahiert und ein Feindbild zwischen mehr oder weniger anonymen Massen aufgebaut wird. Daraus können Rechtfertigungen für eine ebenso anonyme Reaktion abgeleitet werden. Alle diejenigen, die hier von einem Konflikt zwischen ethnischen oder religiösen Gruppen sprechen, sollten begreifen, daß ihre Vorstellungen in diesem Punkt denen der Täter sehr ähnlich sind.

Wir wollen die Taten, auch wenn sie in Worten nur unzulänglich beschrieben werden können, als Verbrechen, als Mord an zahllosen und doch konkreten, individuellen Menschen verstanden wissen und können nur eine ebenso konkretisierte Sanktion als gerechtfertigt ansehen. Die Frage nach der Veränderung der Welt ist aber nicht allein eine solche nach den weltpolitischen Entscheidungen, sie stellt sich jedem einzelnen Menschen überall auf der Welt, auch in Münster. Welche Konsequenzen, welche ‚Sanktionen‘ leiten wir aus den Geschehnissen ab? Sind wir etwa bereit, zahllose Menschen zu verurteilen, nur weil sie ein bestimmtes Aussehen haben oder in irgendeine Kategorie ‚eingruppiert‘ werden können. Für unsere Politiker ist es sicher ungeheuer schwer, eine gerechte Antwort zu finden. Aber auch für jeden Einzelnen von uns. Denn es ist - von den Mördern durchaus beabsichtigt - ein großes Angstpotential entstanden.

Es gehört Mut dazu, die Angst zu überwinden, und es liegt in der Verantwortung jedes Einzelnen, die dafür nötige Kraft zu entwickeln. Die Überzeugung von bestimmten Werten - die Achtung vor dem Leben, die Bestimmung des Menschen zur Freiheit oder die Anerkennung der Würde eines jeden Menschen auf der Erde - kann allein das Fundament für diese Kraft und für eine menschliche Gemeinschaft sein. Um diese Überzeugungen müssen wir alltäglich aufs neue ringen.

Es ist eben eine offene Frage, ob Unterdrückung und Terror oder aber die Würde des Menschen und seine Freiheit den Gang der Weltentwicklung bestimmen werden. Und ob wir diese Krise auch als eine Chance begreifen, endlich umzudenken. Eine Frage an die Politiker, aber vielleicht sogar zuerst an jeden von uns.

„Bomben bringen keine Gerechtigkeit.“

Die Jüdische Gemeinde Münster hat mit Entsetzen von den verabscheuungswürdigen terroristischen Anschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington erfahren, bei denen so unvorstellbar viele Menschen ums Leben gekommen sind. Um so unbegreiflicher die Szenen der Jubel-Partys in den Straßen der Westbank, Gaza, Ostjerusalem und den palästinensischen Flüchtlingscamps im Libanon, Syrien und Jordanien. Selbst wenn derweil die meisten arabischen Staatsführer die Attentate verurteilten, blieben die arabischen Straßen von öffentlichen Verdammungen des Terrors unbeeindruckt. Ohne Rücksicht auf die Toten, die unter den Ruinen des Terroraktes liegen. Dies ist mit tiefer Verachtung aufzunehmen.



Sharon Fehr,
Geschäftsführender Vorsitzender
der Jüdischen Gemeinde Münster

Auch nach Tagen sind wir angesichts der furchtbaren Bilder der terroristischen Anschläge immer noch sprachlos. Tausende von Toten und noch eben Lebende, darunter viele Verletzte liegen unter den Trümmern, deren Beseitigung die Helfer schwer gefährden. Die furchtbaren Bilder haben uns aus der Ruhe unseres Alltages gerissen. Sie führen uns in erschreckender Weise vor Augen, wozu Terroristen in der Lage sind, wenn sie über eine gut finanzierte und durchgeplante Organisation verfügen. Der Terror, der so weit weg schien, ist auf einmal ganz nah. Wer in New York Passagierflugzeuge mit so ungeahnter Präzision in das World Trade Center und das Pentagon in Washington lenken kann, kann überall zuschlagen. Wer keine Skrupel hat, ein entführtes Flugzeug wie einen Pfeil in ein Hochhaus voller Menschen zu rammen und menschliches Leben binnen Sekunden auszulöschen, ist zu jeder Zeit zu jeglicher noch so sinnloser und menschenverachtender Greueltat bereit und fähig.

Mit dem Israelisch-Palästinensischen Konflikt im Nahen Osten haben die Attentate in Amerika höchstens oberflächlich zu tun. Der Haß in der palästinensisch/arabischen Welt auf die Supermacht Amerika ist so tief und schwelt schon seit langem. Gekämpft wird gegen eine westliche Globalisierung, die viele als Bedrohung der eigenen Tradition und des eigenen Wertesystems empfinden.

Nichts scheint mehr unmöglich nach dem 11. September 2001. Es herrscht Angst. Angst vor neuen Angriffen auch in der Jüdischen Gemeinde in Münster, denn die Spuren des internationalen terroristischen Netzwerkes scheinen, wie die Medien aktuell berichten, auch nach Münster zu führen. Es will scheinen, als sei für die Attentäter alles nach Plan gelaufen – bisher. Die Rufe nach der Stunde der Bestrafung ist angesichts tausender Opfer nur verständlich. Doch mit Bomben und Raketen werden sich die Hintermänner nicht ausschalten lassen und wird auch Gerechtigkeit nicht zu finden sein. Auch sollten wir uns gemeinsam der Gefahr widersetzen, pauschale Verdammungsurteile auszusprechen und alle hier lebenden Menschen arabischer Herkunft für die verabscheuungswürdigen terroristischen Anschläge in New York und Washington in Sippenhaft nehmen zu wollen.

Die Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Münster möchten auch von dieser Stelle den Opfern, deren Angehörigen und den Menschen Amerikas tiefempfundene Anteilnahme und uneingeschränkte Solidarität aussprechen.

Shalom.



Alexandra Hippchen, Pastorin
der Evangelischen Studierendengemeinde

„Haß macht blind.“

Nach dem ersten Schock, den die Terroranschläge am World Trade Center in New York und dem Pentagon in Washington D.C. auslösten, und noch in großem Schreck und großer Trauer über den Verlust dieser so verächtlich, aber keineswegs achtlos geworfenen Menschenleben, gilt es zu sehen und einzuschätzen, welche Bedeutung die Anschläge für die Zukunft haben werden. Es wird jetzt viel von Haß gesprochen. Ich bin der Überzeugung, daß Haß hier nur einen sehr geringen Anteil hat. Haß macht blind. Und wer blind um sich schlägt, trifft nicht präzise. Diese Anschläge jedoch sind mit hoher Präzision erarbeitet und durchgeführt worden. Sie sind von Menschen erdacht und gemacht worden, die Not, Demütigung, Unterdrückung von Menschen sowie deren Frömmigkeit zu instrumentalisieren verstanden. Vielleicht selbst von einer totalitären Ideologie verblendet, handelten sie in der Überzeugung, daß ein Menschenleben nichts wert ist, wenn es um die Sache geht. Und wenn eines nichts wert ist, dann sind es tausende auch nicht.

Deutlich wird, daß die perfektste Technik gegen solch knallhartes Kalkül nichts ausrichten kann. Deutlicher als je zuvor wird, daß sämtliche Star-War-Phantasien amerikanischer Präsidenten zwar deren Allmachtsbedürfnisse befriedigen mögen, aber kein bißchen mehr ‚Sicherheit‘ produzieren können. Nicht oft genug kann man hinweisen auf den Zusammenhang von weltweitem Terrorismus und weltweitem Mangel, weltweiter Ungerechtigkeit. Mit lautem Knall, entsetzlich sind Tausende von Menschen am 11. September ermordet worden. Täglich sterben leise ca. 24.000 Menschen weltweit allein an Hunger und heilbaren Krankheiten, noch nicht gesprochen von denen, die auf der Flucht sind vor Regimen, deren Machterhalt für die Industriestaaten von Interesse ist. Dies ist eine Glut, auf der Interessierte ihr Süppchen kochen können.

„Daß Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ formuliert der 85. Psalm die notwendige Voraussetzung für eine lebensfähige, menschenfreundliche Welt. Es ist eine Katastrophe, daß am 11. September so viele Menschen sterben mußten, die doch leben wollten. Und es wäre gut und wichtig, die Verantwortlichen zu finden und zu bestrafen. Grauenhaft wiederholt aber würde die Katastrophe, wenn dafür in Afghanistan Menschen sterben müßten, die doch auch leben wollen. Was unterschiede eine solche Maßnahme von den Taten des 11. September, außer, daß sie staatlich legitimiert wäre? Eine schnelle Lösung ist nicht in Sicht. Jetzt kommt es darauf an, Bedingungen zu schaffen, die solche Anschläge unnötig machen, die den Nährboden dafür austrocknen. Das ist nicht nur eine weltweite Aufgabe. Es ist auch eine Aufgabe hier vor Ort.

Der Terror-Anschlag auf das World Trade Center und auf das Pentagon hat die ganze westliche Welt tief erschüttert. Sie wählte sich in Sicherheit, und nun sind die Burgen ihrer wirtschaftlichen und militärischen Macht - wie Burgen aus Pappe - in sich zusammengebrochen.

Alle Menschen in der ganzen Welt sind noch weit tiefer darüber erschüttert, daß die Terroristen gewissenlos unschuldige Menschen in die schrecklichsten Ängste und Qualen hineinrissen und mit sich in den Tod.

Wir schauen in den Abgrund der Bosheit wie in einen aufbrechenden Vulkan. Die Bosheit ist in der menschlichen Gesellschaft immer präsent in Ungerechtigkeit und Gewalt, in der Verachtung des menschlichen Lebens, von der Zeugung über Benachteiligungen, Hunger und Elend bis in den Tod. Am 11. September 2001 zeigte sie in New York und Washington ihre ganze Grausamkeit.

Ihr muß man begegnen durch das Bemühen um mehr Sicherheit. Überwinden kann man sie nur durch Gerechtigkeit, Liebe und ein Leben in der Verantwortung vor Gott. Es gilt, den anderen genau so ernst zu nehmen wie sich selbst und zu dem aufzuschauen, der das von uns erwartet.

Ringen um Sicherheit und Gerechtigkeit und wahre Umkehr aus Oberflächlichkeit und Gedankenlosigkeit hin zu Nachdenklichkeit und liebendem Engagement sind gefordert. Nur so kann der Sumpf des Terrorismus ausgetrocknet werden.

„Besinnung und
Umkehr
sind gefordert.“



Friedrich Ostermann,
Weißbischöf

Die Terrorangriffe von New York und Washington sind organisierter Massenmord an der Zivilbevölkerung mitten im Frieden und ein Angriff gegen höchste Organe des US-Staates. Die Grundwerte menschlichen Zusammenlebens und einer zivilen und offenen Gesellschaft sind insgesamt im Visier.

Die internationale Geschlossenheit ist so groß wie nie zuvor gegenüber einer terroristischen Herausforderung. Sie ist die wichtigste Voraussetzung zur wirksamen Terrorimusbekämpfung und Vermeidung einer verheerenden Gewaltspirale. Die USA haben gegenüber diesem Angriff auf ihre Bürger und Institutionen das Recht auf Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Charta. Der UN-Sicherheitsrat bekräftigt in seiner einstimmigen Resolution vom 12.9.01 ausdrücklich dieses Recht. Nur mit der Feststellung des Bündnisfalls nach Artikel 5. konnte eine schnelle Eskalation vermieden werden. Er verpflichtet zu gegenseitigem Beistand, der im Einzelnen von NATO-Staaten zu beschliessen ist.

Die Terroristen und Unterstützer sind zur Rechenschaft zu ziehen und zu bestrafen, die Bedrohung des Terrorismus insgesamt muß bekämpft werden. Eine falsche Reaktion wären Rache und Vergeltungsschläge. Sie würden den Terroristen neue Anhänger zutreiben. Nur die Kombination von kurz-, mittel- und langfristig wirkenden Maßnahmen des direkten Vorgehens gegen Terroristen und die Ursachenbekämpfung ist erfolgversprechend. Das Drängen auf Besonnenheit in Berlin ist ernst gemeint und wird in engen Konsultationen praktiziert.

Der Schock von New York und Washington ist auch eine Zäsur für die internationale Friedens- und Sicherheitspolitik. Er zeigt die Schwäche militärischer Stärke gegenüber neuen Bedrohungen. Trotz erheblicher Fortschritte gerade im EU-Rahmen müssen die Instrumente umfassender und vorbeugender Sicherheitspolitik, einer strukturbezogenen und aktuellen Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung weiter ausgebaut werden. Die Instrumente und Fähigkeiten der äußeren und inneren Sicherheit sind zu überprüfen und wirksamer zu machen, ohne Bürgerrechte einzuschränken. Zivile und offene Gesellschaften vertragen keinen Kampf der Kulturen. Sie beruhen auf der Achtung der unteilbaren Menschenrechte, der Vielfalt der Kulturen und Religionen. Verteidigung der weltoffenen Demokratie gegenüber dem Terrorismus und Förderung von Menschenrechten, Demokratie, Toleranz und internationaler Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen.



Winfried Nachtwei, MdB,
Bündnis 90/Grüne

*„Vergeltungsschläge
wären falsche
Reaktion.“*

*„Abrüstung ist
Gebot der Stunde.“*

Schock: Die Realität übertrifft jede Fiktion und jeden Katastrophenfilm. Wie leicht hätten unsere Freunde, Verwandte oder gar ich in den Flugzeugen sitzen, im World Trade Center zu Besuch sein können. Die Opfer sind uns nahe. Näher als andere Opfer wie zum Beispiel 2 Millionen Tote des Bürgerkriegs im Kongo. Entsetzen: Wieso hassen Menschen ‚den Westen‘ und insbesondere die USA so sehr, daß sie das militärische und wirtschaftliche Zentrum der Welt angreifen und einen Massenmord begehen? Haß ist kein Gen! Angst: Wie reagieren die politisch Verantwortlichen? „Wir werden sie in ihren Löchern austrüchem“, „Staaten eliminieren“, „Jetzt ist das Alte Testament gefragt – Auge um Auge“ (Welch eine Fehldeutung dieser Textstelle), „Wir setzen alle Mittel ein“ (auch Atombomben?).

Ich habe Furcht, daß die US-Administration nach diesen Anschlägen in der Logik der Gewaltspirale zurückschlägt und neue Eskalationen folgen. Militärschläge nutzen weder den Opfern des Terrors noch sind sie ein geeignetes Mittel zur Verhinderung des Terrorismus. Ein Anschlag auf Afghanistan, ein Land doppelt so groß wie die Bundesrepublik, würde unzählige Opfer fordern: Menschen, die nicht für diese Terroranschläge verantwortlich sind. Eine zivilisierte Gesellschaft kennzeichnet, daß sie juristische Mittel einsetzt; Lynchjustiz und Sippenhaft dürfen nicht Ratgeber für politisches Handeln sein.

Das Friedensforum wird alle Kraft aufbringen, um militärische Gegenaktionen zu verhindern. Wir werden uns an den Mahnwachen vor dem Rathaus (mittwochs 17-19 Uhr) und vor der Lambertikirche (freitags von 18-19 Uhr) und an Demonstrationen beteiligen. Wir werden die Menschen in der Stadt auffordern, in ihre Fenster Plakate „Give Peace a chance“ zu hängen. Wir werden darauf hinwirken, daß diese Greuelthaten Anlaß sind, über ein Bündnis zur Schaffung von Gerechtigkeit auf der Welt nachzudenken. Dem Terrorismus muß der politische, wirtschaftliche und soziale Nährboden entzogen werden. Abrüstung ist das Gebot der Stunde.



Juliane Brüggemann,
Sprecherin Friedensforum Münster

Auf der SPERRE-Couch

In ihren letzten drei Ausgaben hat die SPERRE den aktuellen Zuwanderungsdiskurs begleitet und aus verschiedenen Blickwinkeln etwas genauer unter die Lupe genommen. Abschließend haben wir mit dem ‚Pro Asyl‘-Vorstandsmitglied und Projektleiter der ‚Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA)‘, Volker Maria Hügel, ein Gespräch hierzu geführt. Dieses Gespräch fand eine Woche vor den schrecklichen Terroranschlägen statt, die Amerika am 11. September erschütterten. Dennoch wollen wir es hier veröffentlichen. Denn wir sind der Überzeugung, daß die Integration der in Deutschland lebenden Ausländer und die weltweite Bekämpfung von Fluchtursachen nach diesen Attentaten wichtiger sind denn je. Die Falken, die jetzt einer Verschärfung des Asylrechts das Wort reden, haben von den wahren Zusammenhängen der Globalisierung nichts begriffen.



„Die Flüchtlinge zahlen den Preis!“

SPERRE: Kommissionen, Expertisen, Eckpunktpapiere, Gesetzentwürfe - da verliert man leicht den Überblick. Wo stehen wir jetzt eigentlich in der Zuwanderungsdebatte? Was wird uns das neue Gesetz bringen, was wird sich gegenüber früher ändern?

Hügel: Im Moment kann man nur raten, wo der Zug hingeht, denn wir sind in so einer Art Entscheidungsfindungsphase. Dabei geht es um nachhaltige Weichenstellungen, wie in Zukunft das Ausländerrecht aussehen wird. Wenn diejenigen, die eingewandert sind, keine Chance auf langfristige Gleichstellung haben, dann wird die ganze Sache nicht funktionieren. Auf der einen Seite haben wir sehr viele verschiedene und zum Teil auch detaillierte Modelle, wie Einwanderung zu gestalten ist. Andererseits kristallisiert sich zunehmend die schöne Nützlichkeitsfrage als Schere heraus

SPERRE: Also die von Merz und Co. ins Spiel gebrachte Rhetorik, wer uns hier in Deutschland nützt und wer uns ausnutzt?

Hügel: Genau. Das sind die konstruierten Gegenpole. Man darf aber nicht vergessen, daß Deutschland völker-

rechtlich verpflichtet ist, Flüchtlinge aufzunehmen. In Schilys Gesetzentwurf und leider auch im Bericht der Süßmuth-Kommission wird diese Verpflichtung runterdekliniert auf den Begriff ‚Humanitäre Aufnahme‘. Das klingt doch sehr nach Edelmut und Gnadenakt, und eben das ist es in Wahrheit nicht.

SPERRE: Innenminister Schily sitzt ja mit seinem Gesetzentwurf haargenau zwischen den Stühlen, auf denen die Opposition und die Grünen Platz genommen haben. Er braucht aber die Zustimmung der Grünen im Bundestag und die der CDU/CSU im Bundesrat. Das klingt doch sehr nach der selten gelungenen Quadratur des Kreises ...

Hügel: Er kann sich ja auch mit der CDU und den Liberalen zusammenschließen. Ich sehe im Moment vor allem das Dilemma, daß die ganze Diskussion zu früh und zu schnell kommt. Ich finde, man hätte die verschiedenen Konzepte und Modelle, die jetzt auf dem Tisch liegen, in einer Gesamtschau diskutieren müssen. Doch was passiert stattdessen? Der Bericht der Süßmuth-Kommission, sicherlich der akribischste von allen, wird nach diversen Indiskretionen im Juli offiziell

vorgelegt, und ganze vier Wochen später zieht Otto Schily seinen Referentenentwurf aus der Tasche. Da hätte man sich die ganze Kommissionsarbeit auch sparen können! Und dann bleibt Schily auch noch, was die den Flüchtlingsorganisationen besonders auf den Nägeln brennenden Menschenrechtsfragen angeht, um Meilen hinter dem Süßmuth-Konzept, das ja auch nicht gerade Pflöcke eingeschlagen hat, zurück ...

SPERRE: Man gewinnt den Eindruck, daß die SPD jetzt mit der heißen Nadel ein Zuwanderungsgesetz strickt, weil sie sich mit Schrecken an Kochs Schmuttel-Wahlsieg in Hessen erinnert und das Thema deshalb unbedingt aus dem Bundestags-Wahlkampf heraushalten will ...

Hügel: Eben. Und deshalb muß man den ganz offensichtlich in größter Eile zusammengeflackten Entwurf Otto Schilys sehr genau darauf abklopfen, was in ihm fehlt und was schlicht und ergreifend sachlich falsch ist.

SPERRE: Zum Beispiel?

Hügel: Zum Beispiel der gesellschaftliche Umgang mit den sogenannten

„Illegalen“. Das wird ja seit Jahren diskutiert. Und es ist auch sonnenklar, daß in vielen Wirtschaftszweigen - ich nenne hier nur die Gastronomie und den Bausektor - mit großer krimineller Energie Profite in Milliardenhöhe auf dem Rücken dieses vollkommen schutzlosen Personenkreises gemacht werden. Die Leute können ja nicht mal ihre Forderungen eintreiben, wenn der Arbeitgeber den Hungerlohn nicht zahlt. Von der medizinischen Versorgung dieser Menschen ganz zu schweigen. Die einzige Antwort, die das geltende und vermutlich auch das zukünftige Ausländerrecht für die Probleme der illegal hier lebenden Flüchtlinge hat, ist deren Abschiebung. Wir von den Flüchtlingsorganisationen sprechen übrigens nicht von „Illegalen“, sondern von „Illegalisierten“, von Menschen also, die durch ein nationalstaatlich orientiertes Ausländerrecht aus der Gesellschaft herausdefiniert werden. Schätzungen gehen davon aus, daß in Deutschland mehr als eine Million Flüchtlinge ohne Papiere leben. Deshalb unterstützen wir Legalisierungs- und Entkriminalisierungskampagnen, wie sie unter dem Motto „Kein Mensch ist illegal“ oder „Papiere jetzt“ angestoßen worden sind. Auch Drogen beispielsweise sind ja in Deutschland illegal. Und trotzdem richtet man Gesundheitsstuben ein, weil man, wenn auch spät, begriffen hat, daß man strafrechtlich relevante Phänomene nur über den Weg konkreter Hilfsangebote zurückdrängen kann.

SPERRE: Was fordern Sie hier konkret?

Hügel: Zuallererst gilt es, zwei Minimalforderungen der Süßmuth-Kommission umzusetzen: Die Beratung illegal hier lebender Flüchtlinge muß straffrei möglich sein, und Schulen dürfen nicht mehr gezwungen werden, Kinder von Illegalisierten an die Ausländerbehörde zu melden. Das wären erste Schritte aus dem Teufelskreis von Kriminalisierung, ökonomischer Aus-



„Die einzige Antwort, die das Ausländerrecht für die Probleme der illegal hier lebenden Flüchtlinge hat, ist die Abschiebung.“

beutung und Entqualifizierung heraus. Den Weg der Legalisierung illegalisierter Flüchtlinge ist man übrigens in anderen europäischen Ländern, Spanien oder Skandinavien zum Beispiel, mit Erfolg gegangen. In Deutschland warten wir noch immer darauf. Bei uns sitzen ja sogar Minderjährige in Abschiebungshaft. Das ist ein Skandal und hat eben damit zu tun, daß viele Flüchtlinge, deren Ängste vor einer Rückkehr in die Heimat nur zu berechtigt sind, hierzulande aus formalen Gründen keine Anerkennung als Asylbewerber finden. Die tauchen dann lieber unter ...

SPERRE: Formale Gründe?

Hügel: Ja. Da ist zunächst die Regelung des 1993 eingeführten Artikels 16a Grundgesetz, derzufolge in Deutschland kein Flüchtling bleiben kann, der über einen sogenannten „sicheren Drittstaat“ eingereist ist. Da Deutschland im Umgang mit den hier lebenden Flüchtlingen laufend gegen Artikel 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstößt, nach dem niemand unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung unterworfen sein darf, sind der belgische UNHCR-Vertreter und mehrere Londoner Ge-

richte übrigens zu dem Schluß gelangt, daß Deutschland nicht als sicherer Drittstaat im Sinne dieses Gesetzes gelten kann. Aber das nur nebenbei. Zweitens haben Flüchtlinge hier ganz schlechte Karten, wenn es nach behördlicher Lesart dort, wo sie herkommen, keinen Staat mehr gibt, der sie verfolgen könnte. Somalia ist dafür ein klassisches Beispiel. Und schließlich gibt es auch für Angehörige der Volksgruppe der Roma in Deutschland null Anerkennungsperspektiven. All diese Menschen, die im Asylverfahren chancenlos sind, bekommen nur dann - quasi häppchenweise - eine jeweils auf drei Monate befristete Duldung, wenn sie faktisch nicht abgeschoben werden können. Das gilt momentan zum Beispiel für Flüchtlinge aus Afghanistan und Somalia oder für Minderheiten aus dem Kosovo.

SPERRE: Duldung?

Hügel: Duldung ist nichts anderes als die Aussetzung der Abschiebung. Das ist kein rechtmäßiger Aufenthalt nach dem Ausländergesetz. Wer nur geduldet ist, bleibt zur Ausreise verpflichtet. Zur Zeit sind das etwa 250.000 Menschen. Und wenn Otto Schily vor-



„Der Staat handelt immer noch dem Motto: ‚Abschrecken! Koste es, was es wolle!‘“

hat, die Duldung abzuschaffen, weil sie sich als inhuman erwiesen habe, dann klingt das ja erstmal ganz gut. Mit welchem Zynismus Schily zu Werke geht, sieht man allerdings daran, daß er nicht etwa vorhat, diese Menschen, die jetzt immerhin einen - wenn auch unsicheren - rechtlichen Status haben, besserzustellen. Ganz im Gegenteil: Er will sie vollkommen ent-rechten und in schönfärberisch ‚Aus-reisezentren‘ genannte Lager verfrachten, in denen sie konzentriert werden. Das wäre dann sozusagen ‚Abschiebehaft light‘.

SPERRE: Das ist ja alles ganz schön verwickelt ...

Hügel: Deshalb ärgert es mich ja so, daß man dieses sensible Thema jetzt im Eilverfahren mit der Dampfwalze überbügeln will, ohne sich mit dessen komplexen Verwerfungen, geschweige denn mit den auf dem Tisch liegenden Regelungsentwürfen wirklich auseinandergesetzt zu haben. Und es ärgert mich fürchterlich, daß hierzulande die Forderung nach Einlösung völkerrechtlicher Verpflichtungen gleich ein großes Kostengezeter entfacht, während Abschreckung ruhig teuer sein darf. Der Staat handelt im-

mer noch nach dem Motto: ‚Abschrecken! Koste es, was es wolle!‘ Nicht auszudenken, was man mit den Unsummen, die man jetzt in langwierige oder sowieso aussichtslose Asylverfahren beziehungsweise in die Alimentierung der vom Arbeitsmarkt ausgegrenzten Flüchtlinge steckt, bewirken könnte, wenn diese Mittel frei wären für sinnvolle Projekte der gesellschaftlichen und beruflichen Integration. Ich denke da zum Beispiel an die über 400.000 Asylverfahren aus dem Bereich des ehemaligen Jugoslawien, deren negativer Ausgang von vornherein klar war. Man rechne sich bitte aus: Was kosten 400.000 Asylverfahren? Da hätte man das Geld auch gleich zum Fenster rauswerfen können!

SPERRE: Apropos Arbeitsmarkt: In Münster hat sich doch die Job-Situation hier lebender Flüchtlinge mit der unlängst vollzogenen Aufhebung der sogenannten ‚Globalen Arbeitsmarktprüfung‘ durch das Arbeitsamt ein wenig verbessert ...

Hügel: Die Arbeitsmarktprüfung war nichts anderes als eine Verbotsliste, auf der jede Menge gerade geringer qualifizierte Jobs standen, in die Asylbewerber und andere Ausländer, die

auf eine Arbeitserlaubnis angewiesen sind, nicht vermittelt werden durften. Daß diese Liste inzwischen obsolet ist, verdankt sich nicht so sehr einer besonders ausländerfreundlichen Stimmungslage in der Kommune, sondern eher der Tatsache, daß die Wirtschaft angesichts der niedrigen Arbeitslosenquote vermehrt geneigt ist, auf das Beschäftigungspotential der Ausländer und Flüchtlinge zuzugreifen. Und daran, daß diese Personengruppen im ersten Jahr ihres Aufenthaltes hier nicht arbeiten dürfen, hat sich ja nichts geändert. Wir haben übrigens in Münster trotzdem eine recht hohe Flüchtlings-Beschäftigungsquote von 42 Prozent. Daß das so ist, liegt nicht zuletzt am großartigen Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer - zum Beispiel im Tip-Café in der GGUA - die sich in geduldiger Kleinarbeit darum bemühen, Flüchtlinge in Lohn und Brot zu bringen.

SPERRE: ‚Arbeiten oder nicht Arbeiten‘ - diese Frage spielt ja in sämtlichen Zuwanderungs- und Integrationskonzepten eine große Rolle. Man liest in diesem Zusammenhang immer wieder vom ‚internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe‘ ...



„Wenn Deutschland ein Einwanderungsland ist, dann ist es auch verantwortlich für das Miteinander der Menschen, die hier leben.“

Hügel: ‚Brain Drain‘, also die Abwerbung von Wissen, stellt wirklich ein Riesenproblem dar. Nicht genug damit, daß man Intelligenz aus den Weltregionen abzieht, die ohnehin den Industrienationen hinterherhinken. Zu allem Überfluß wird eben diese Tatsache in Deutschland ausgerechnet von denjenigen Ewiggestrigen politisch mißbraucht, für die Zuwanderung generell Teufelswerk ist. Eine wirklich fiese Dialektik.

Überhaupt stört mich an der gegenwärtigen Debatte die Fokussierung auf die sogenannten ‚Qualifizierten‘ ganz besonders. Erstens: Wenn die Eliten auswandern, das sieht man beispielsweise am Iran, dann wird eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung vor Ort dauerhaft verhindert. Außerdem verfestigt sich in Deutschland ein Zweiklassensystem, in dem die Flüchtlinge am kürzeren Hebel sitzen und den Preis für die ökonomisch erwünschte Zuwanderung zahlen.

SPERRE: Wo bleibt da die vielbeschworene Integration?

Hügel: Gute Frage. Wenn Deutschland ein Einwanderungsland ist, dann ist es auch verantwortlich für das Mitein-

ander der Menschen, die hier leben. Ich habe mal unseren CDU-Bundestagsabgeordneten Ruprecht Polenz gefragt, was er unter Integration versteht, und er hat lapidar geantwortet: „Sprache, Arbeit, Heirat.“ Alles richtig, doch einen ganz wichtigen Aspekt hat er vergessen: die Perspektive, dauerhaft hierbleiben zu können. Wer die nicht hat oder jahrelang auf einem aufenthaltsrechtlichen Schleudersitz sitzt und darauf wartet, daß ihm ein Niederlassungsrecht - vielleicht - gewährt wird, ist wohl kaum besonders motiviert, sich hier zu integrieren. Dasselbe gilt natürlich für den Familiennachzug. Wenn jetzt wirklich, wie Schily es plant, das Nachzugsalter der Kinder von 16 auf 12 Jahre runtergeschraubt wird, dann ist das nicht nur ein Integrationspolitischer Offenbarungseid, sondern leider Gottes auch ein Menekel für zukünftige Regelungen auf europäischer Ebene.

Noch eins: Härtefallregelungen auf kommunaler Ebene sucht man im deutschen Ausländerrecht vergebens. Wir fordern deshalb, daß die Ausländerbehörde vor Ort einem Flüchtling auch dann eine Aufenthaltserlaubnis erteilen kann, wenn zwar keine fakti-

schen oder rechtlichen Abschiebehindernisse mehr bestehen, die Familie aber beispielsweise schon seit langem in Deutschland lebt. Und wenn sich Otto Schily, der 1985 höchstpersönlich ein Flugblatt zur Rettung des Asyls unterschrieben hatte, jetzt damit durchsetzt, daß Flüchtlinge nicht mehr, wie bisher, drei Jahre, sondern für die gesamte Dauer ihres Asylverfahrens die gegenüber der Sozialhilfe deutlich niedrigeren Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen, dann kann man wirklich nur noch vom Scheitern jeglicher Integrationsperspektiven sprechen. Wie menschenverachtend und zynisch dieses Gesetz ist, veranschaulicht ein Fall, der sich in Hildesheim abgespielt hat. Dort hat das Sozialamt einem Flüchtling aus dem Irak, dem man in seiner Heimat die Zähne ausgeschlagen hatte, nicht etwa Zahnersatz bewilligt, sondern einen Pürrierstab. Und nach den Buchstaben des Gesetzes war das völlig in Ordnung so. Ein Unding!

SPERRE: Herr Hügel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Das Gespräch mit Volker Maria Hügel führten Ralf Tieck und Michael Weist
Fotos: König

Arbeitslosengeld sinkt nicht bei Zwischenjob

Viele kennen das Problem: Man sucht eine Vollzeit-Stelle, man findet aber nur befristete Teilzeitangebote mit viel weniger Lohn als vor der Arbeitslosigkeit. Welches Arbeitslosengeld bekomme ich, wenn sich kein dauerhafter Vollzeitvertrag daraus entwickelt?

Oder: Jetzt finde ich in meinem Beruf keine Arbeit. Soll ich zwischendurch auch nach weniger gut bezahlten Stellen gucken? Nach zwölf Monaten hat man doch einen neuen Anspruch auf Arbeitslosengeld, dann hätte ich danach doch deutlich weniger Arbeitslosengeld als jetzt?

Nein, da gibt es Ausnahmen. Das Arbeitsamt hat eine besondere Regel geschaffen, damit Arbeitslose nicht benachteiligt werden, wenn sie eine sehr viel schlechter bezahlte Zwischenbeschäftigung annehmen. So sollen diejenigen nicht extra bestraft werden, die zeitweise große Einkommensabstriche hinnehmen, um auf neuen Wegen einen Einstieg ins Arbeitsleben zu finden. Normal ist es so: Nach 12 Monaten sozialversicherter Beschäftigung hat man einen neuen Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben. Aber wenn weniger als drei Jahre seit der letzten Arbeitslosengeldzahlung (gilt auch für Arbeitslosenhilfe) vergangen sind, dann bemisst sich das neue Arbeitslosengeld mindestens nach dem Einkommen, nach dem man vorher Arbeitslosenunterstützung bezogen hatte. Ein guter Arbeitslosengeldanspruch läßt sich auf diese Weise immer wieder neu aktivieren, wenn befristete Verträge von weniger als drei Jahren sich mit Zeiten der Arbeitslosigkeit abwechseln.

Wer in den letzten Jahren nach einem Zwischenjob erneut arbeitslos geworden ist, ohne in den Genuß dieser Regelung gekommen zu sein, sollte die Bemessung des Arbeitslosengeldes überprüfen lassen.



ava

Bewerbungskosten

Wer seine Arbeit los ist, hat wenig Geld. Und wer eine neue Arbeit sucht, braucht dafür in der Regel auch Geld. Für eine schriftliche Bewerbung braucht man ein gutes Foto, astreine Ausdrucke von Lebenslauf und Bewerbungsschreiben, Kopien aller Zeugnisse, eine schöne Mappe, einen Briefumschlag und eine Briefmarke von gehobenem Standard. Da sind schnell über 10 Mark investiert - und meistens vergeblich, denn auf fast jede Stelle bewerben sich nicht wenige, sondern mehrere Arbeitssuchende.

Manchmal kommen die Bewerbungsmappen nicht zurück, oder die Unterlagen sind beschädigt und nicht mehr für eine neue Bewerbung zu verwenden. Dann müssen neue Kopien her. Für eine überregionale Arbeitsuche können Fahrkosten zu Vorstellungsgesprächen dazukommen. So können den Bewerbern einige Hundert Mark Kosten entstehen.

Zwar kann man schauen, ob der Aufwand jedesmal gerechtfertigt ist. So lohnt sich bei einem Stellenangebot oder bei einer Blindbewerbung ein Anruf im dem Betrieb, ob eine Bewerbung eher sinnvoll oder eher sinnlos ist. In manchen Betrieben oder bei vielen Aushilfsjobs reicht eine mündliche Bewerbung.

In vielen Fällen jedoch übersteigt der Bewerbungsaufwand die knappen finanziellen Möglichkeiten der Arbeitslosen. Das Arbeitsamt fördert deshalb aus einem speziellen Topf die Eigenbemühungen von Arbeitslosen. Diese sollten jedoch die Regeln und das Vorgehen des Arbeitsamtes kennen.

Vor der ersten Ausgabe für Bewerbungsmaterial müssen die Bewerber im Arbeitsamt beantragen, daß die Bewerbungskosten übernommen werden. Man kann einen Brief schreiben: „Hiermit beantrage ich, daß meine Bewerbungskosten erstattet werden.“ Man kann persönlich zum Arbeitsamt gehen, man kann den Antrag sogar mit einem Telefonanruf stellen. Der Arbeitsvermittler registriert den Antrag, und von da an können Bewerbungskosten erstattet werden. Praktisch läuft das so: Der Erwerbslose sammelt alle seine Quittungen für Bewerbungsaufwand und rechnet sie halbjährlich mit dem Arbeitsamt ab.

Es gibt Kosten, für die das Arbeitsamt nicht zahlt: für Telefonate, für Zeitungen mit Stellenanzeigen oder für eigene Inserate unter Stellengesuchen. Fahrkosten zu Vorstellungsgesprächen werden nur ersetzt, wenn man dies vorher angemeldet hat und man von der Firma bestätigt bekommt, daß diese die Fahrkosten nicht erstattet. Außerdem zieht das Arbeitsamt eine absolute Obergrenze bei 500 Mark Bewerbungskosten im Jahr.

Karin Piene
Rechtsanwältin

Tätigkeitsschwerpunkte

- Mietrecht
- Familienrecht
- Sozialhilferecht

Achtermannstr. 10-12 • 48143 Münster • Fon 0251-518595 • Fax 0251-40729

Für die Erstellung von Bewerbungsschreiben und Lebensläufen bietet das Arbeitsamt gesonderte Unterstützung. In vielen Arbeitsamtsbezirken, auch in Münster, gibt es Bewerbungszentren, in denen diese Schreiben in Top-Form gebracht werden können. Diese Aufwendungen kosten die Arbeitslosen nichts, wenn sie im Arbeitsamt nach einem *Bewerbungs-Scheck* fragen. Dann rechnet das Bewerbungszentrum mit dem Arbeitsamt ab.

Wer neben der Arbeitslosenunterstützung ergänzende Sozialhilfe bezieht, kann im Sozialamt das beantragen, was das Arbeitsamt nicht erstattet. Wie im Arbeitsamt gilt: erst beantragen, danach kaufen. Außerdem lassen sich Bewerbungskosten im Lohnsteuerjahresausgleich von den Einkünften absetzen. Dies gilt auch für Bewerbungskosten vom Vorjahr, dann geht es über den Verlustausgleich.

avo

Veranstaltungshinweis

Über 50 und ohne Arbeit? Was tun?

Wer die Arbeit verloren hat und nicht mehr ganz jung ist, findet nicht so leicht eine Arbeit und gilt auch für das Arbeitsamt als schwer vermittelbar.

Und wenn demnächst die Arbeitslosenhilfe in der Sozialhilfe aufgehen soll, gerät sogar die private Altersvorsorge in Gefahr.

Was kann man tun, wenn man noch zehn Jahre arbeiten will, aber nicht so einfach eine Stelle findet?

- Welche Tips gibt das Arbeitsamt?
- Kann man noch eine Weiterbildung gefördert bekommen?
- Gibt es andere Eingliederungshilfen?

Termin

Donnerstag, 25. Oktober, 17.30 Uhr

Ort

cuba, Cultur und Begegnungszentrum
Achtermannstraße 10 - 12

Neue Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag
10 - 13 Uhr
14 - 18 Uhr

LILA LEEZE

Frauentanradladen
Dortmunderstr. 11 | Tel: 66 67 61



sic

Sozialhilfeberatung im cuba

Achtermannstraße 10-12
48143 Münster | Telefon 588 56

Beratungszeiten
Di.-Fr. 9-12 Uhr
Do. 15-17 Uhr

Beratung für Schwangere und Alleinerziehende
Do. 10-12 Uhr

Sozialhilfe-Sorgentelefon
Mo. 15-17 Uhr | Telefon 435 44

Michael Topp Paul Demel Rechtsanwälte

Bahnhofstraße 5 · 48143 Münster
Telefon 0251/4 14 05 05 · Fax 0251/4 14 05 06

KNEIPE

FRAUENSTR.
24



DURCHGEHEND
TÜRKISCHE KÜCHE
AUCH ZUM MITNEHMEN!

Mo-Fr von 5.30-1 Uhr
Sa und So von 12-1 Uhr

IMPRESSUM

Telefon: (0251) 511131
Telefax: (0251) 47914
E-Mail: speme@muenster.de
arim@muenster.de
Internet: www.muenster.org/gerre

Redaktion:

Ralf Treck (bet), Arnold Voskamp (avo),
Michael Weist (mic, v.i.S.d.P.)

Mitarbeit:

Wilhelm Achelpötlter,
Hans-Dieter Hunzler, Annel Neugebauer,
Stefan Rößmann, Uli Wiens

Design, Layout, Satz: Ralf Vaashtz,
Michael Weist

Titel: Michael Weist (Gestaltung),
Tilli Rächner (Foto)

Fotos:

Michael Weist

Web-Design: Stefan Rößmann

Bankverbindung/Spendenkonto:
Sparkasse Münster
BLZ 400 501 56, Kto. 4011797

Produktionsberatung:

NavigatoR Allergiegemeinschaft Ulrich Ruhe

Druck:

Druckhaus Lenzing
Auflage: 4.000

Leserbriefe an den Herausgeber: Wir
freuen uns über jede Zuschrift. Anonyme
Leserbriefe veröffentlichen wir nicht. Das
Recht zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe (November 2001):
28. Oktober 2001

Redaktionschluß: 9. Oktober 2001
Anzeigenredaktionschluß: 12. Okt. 2001



Sozialberatungen im cuba

Achternannstr. 10-12
48143 Münster

Arbeitslosenberatung

Offene Beratung ohne Voranmeldung Mo. u. Do. 15.00-17.00 Uhr
Di. u. Do. 09.00-12.00 Uhr
u. nach Vereinbarung

Tel. 51 19 29

sic - Sozialhilfeberatung im cuba

Di. bis Fr. 09.00-12.00 Uhr
Do. 15.00-17.00 Uhr

Tel. 5 88 56

Beratung für Schwangere und Alleinerziehende

Do. 9.00-12.00 Uhr
u. nach Vereinbarung

Tel. 5 88 56

Sozialhilfesorgentelefon

Mo. 15.00-17.00 Uhr

Tel. 4 35 44

Projektberatung

Beratung zu ABM und anderen nach Vereinbarung

Beschäftigungsmaßnahmen

Tel. 51 19 29

SysteAm

Die Chance zur Qualifikation!

Ich werde Paar- und Familientherapeutin mit einer Ausbildung bei SysteAm Münster/Kiel (Erfahrenes Institut für Systemisches Arbeiten); Klassische psychotherapeutische Ausbildung/Fortbildung für alle sozialen Berufe. Infoabend am 23.10.01. Diese begleitende Ausbildung findet an 12 Seminar-WE über drei Jahre statt.

**"Schnupper"-Seminar
vom 13. - 16. Dezember.**

Weitere Informationen per Telefon
AB-Rückruf: 02506 - 8 50 21.

Glaube kann Berge versetzen...
das Theater manchmal auch.



Lassen Sie sich überzeugen!
Musiktheater, Schauspiel, Tanztheater,
Kinder- und Jugendtheater und Konzert -
an den Städtischen Bühnen Münster
können Sie wahre Wunder erleben!

Städtische Bühnen Münster
Neubrückstraße 63, 48143 Münster
Kasse 0251/41467100.
www.theater.muenster.org

städtische
bühnen
münster

Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger erhalten
eine 50%ige Ermäßigung auf den Tageskartennpreis.